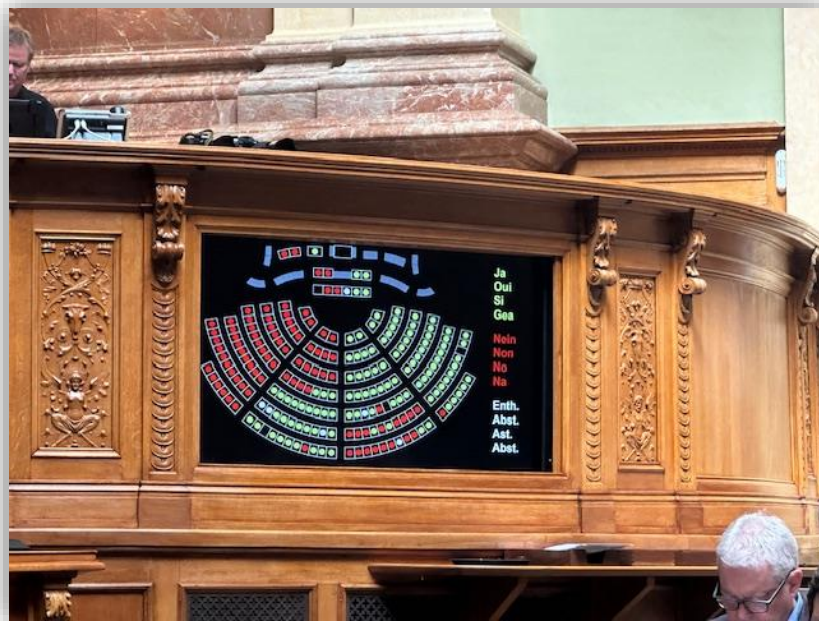


Sommersession 2024 Sessionsrückblick - 3. Woche



Nationalrat schafft Diskriminierung beim Familiennachzug ab

Schweizerinnen und Schweizer sollen beim Nachzug ihrer Familienangehörigen aus Drittstaaten dieselben Rechte geniessen wie EU/EFTA-Staatsangehörige. Das will der Nationalrat und hat einem entsprechenden Vorstoss mit 104 zu 86 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt. Die Vorlage der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates (SPK-NR) soll Schweizerinnen und Schweizern sowie zum Beispiel deren Ehegatten ermöglichen, ihre aus Drittstaaten stammenden Eltern in die Schweiz zu holen. EU- oder EFTA-Bürgerinnen und Bürger, die in der Schweiz wohnen, können dies bereits tun, denn für sie gilt das Freizügigkeitsabkommen. Eine Minderheit im Nationalrat, vor allem von bürgerlicher Seite, war gegen die Vorlage, weil dadurch noch mehr Personen via Familiennachzug in die Schweiz kommen können. Die Gesundheitskosten und Sozialausgaben werden sich dadurch einmal mehr erhöhen. Während sich als nächstes der Ständerat damit beschäftigt, beachte man die Stimmen aus der FDP:



Parlament will abgewiesene Eritreer nach Ruanda ausschaffen

Eritreerinnen und Eritreer, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, sollen in einen Drittstaat ausgeschafft werden. Das hat nach dem Ständerat am Montag auch der Nationalrat entschieden – trotz erbittertem Widerstand der Linken.

Darum geht's:

- Rund 300 Eritreerinnen und Eritreer in der Schweiz haben ein abgelehntes Asylgesuch und sollen eigentlich ausreisen.
- Weil Eritrea aber nur freiwillig Rückkehrende akzeptiert, bleiben sie in der Schweiz.
- Trotz Bedenken und Widerstand hat der Nationalrat beschlossen, dass der Bundesrat ein Transitabkommen mit einem Drittstaat wie Ruanda oder Albanien aushandeln soll.
- Da der Ständerat schon zugestimmt hat, ist der Auftrag an den Bundesrat somit erteilt.



Über 30'000 Eritreerinnen und Eritreer leben in der Schweiz. Die allermeisten als anerkannte Flüchtlinge oder vorläufig Aufgenommene. Doch eine kleine Minderheit von rund 300 Betroffenen hat ein abgelehntes Asylgesuch. Sie müssten die Schweiz eigentlich verlassen.

Doch weil Eritrea nur freiwillig Rückkehrende ins Land lässt, dürfen sie de facto hier bleiben. Mit anderen Ländern wie Marokko oder Tunesien hat die Schweiz Rückübernahmeabkommen – oder probiert sie zumindest auszuhandeln – doch mit Eritrea ist es noch keinem Land der Welt gelungen, so ein Abkommen zu vereinbaren. Verlassen Eritreerinnen und Eritreer die Schweiz also trotz allen Behördenentscheiden nicht, verlieren Betroffene viele Privilegien, von denen anerkannte Flüchtlinge profitieren. So haben Menschen im Status «abgelehnt» beispielsweise nur Anspruch auf Nothilfe von acht bis zwölf Franken pro Tag statt einer vollen Sozialhilfe.

Doch das geht dem Parlament nicht weit genug. Ein Vorstoss fordert ein «Transitabkommen» mit einem Drittstaat – beispielsweise an Ruanda oder Albanien. Nach dem Ständerat hat am Montag auch der Nationalrat dem Anliegen zugestimmt – gegen den Widerstand von SP-Bundesrat Beat Jans.

Gewalttätige härter anfassen

Menschen, die wegen angeblicher Verfolgung im Heimatland geflüchtet sind, aber in der Schweiz dessen Regime gewaltsam unterstützen, wollen National- und Ständerat härter anfassen. Mit 131 zu 63 Stimmen nahm der Nationalrat eine Motion von Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR) an, die entsprechende Anpassungen im Ausländerrecht fordert. Caroni hatte den Vorstoss mit Gewalt unter Anhängern des eritreischen Regimes und Oppositionellen begründet. Zum Beispiel bei einer Schlägerei in Opfikon ZH im September 2023 wurden zwölf Männer verletzt. Über ein Dutzend Verfahren wurde eröffnet.

Für den Motionär kommen bspw. folgende Massnahmen in Frage:

In Frage kommen z.B. folgende asyl- und ausländerrechtlichen Massnahmen:

1. Erleichterte Beendigung des Asyls bzw. der Flüchtlingseigenschaft bei offensichtlichem Wegfall des Fluchtgrunds, wenn jemand das Regime öffentlich unterstützt, das ihn angeblich verfolgt (Art. 63 AsylG)
2. Streichung des Tatbestandsmerkmals der «Wiederholung» in Artikel 62 Absatz 1 Buchstabe c AIG für den Widerruf von Bewilligungen und anderen Verfügungen.
3. Erweiterung des Deliktcatalogs für die obligatorische Landesverweisung nach Artikel 66a StGB um die Straftatbestände des Landfriedensbruchs (Art. 260) und der qualifizierten Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte (Art. 285 Ziff. 2).

Nationalrat will Hilfe für Opfer von Zwangsmassnahmen verbessern

Der Nationalrat will die Hilfe für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen verbessern. Erhalten diese Personen neben Solidaritätsbeiträgen des Bundes auch solche von Kantonen oder Gemeinden, soll künftig auch der Erhalt dieser Gelder nicht zu einer Kürzung von allfälligen Überbrückungs- oder Ergänzungsleistungen führen. Der Nationalrat hat am Dienstag einer entsprechenden Änderung des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen (AFZFG) zugestimmt. Darin soll künftig festgehalten werden, dass für kantonale oder kommunale Solidaritätsbeiträge dasselbe gilt wie für Bundesbeiträge: Sie haben den Charakter von Genugtuungen.



Der Bundesrat schreibt, dass damit diese Gelder primär für die Befriedigung besonderer persönlicher Bedürfnisse zur Verfügung stehen. Der Solidaritätsbeitrag unterliege somit nicht der Einkommenssteuer, sei unpfändbar und dürfe auch nicht bei der Berechnung von Sozialhilfe-, Ergänzungs- und Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose berücksichtigt werden. Der Gesetzesentwurf geht auf eine parlamentarische Initiative der Rechtskommission des Nationalrats zurück und muss noch in den Ständerat. Der Bundesrat beantragte Zustimmung. Im März 2023 hatte der Gemeinderat der Stadt Zürich entschieden, den Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen einen eigenen Solidaritätsbeitrag auszuzahlen. Der Stadtrat ging in einem Antrag von 320 Berechtigten aus.

Zusammenfassungen des Bundes kommen neu in drei Amtssprachen

Zusammenfassungen von Berichten des Bundesrats und der Bundesverwaltung werden neu in den drei Amtssprachen Deutsch, Französisch und Italienisch veröffentlicht. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine entsprechende Motion von Nationalrat Alex Farinelli (FDP/TI) stillschweigend angenommen. Damit ist das Geschäft bereit für die Schlussabstimmung. Bis anhin wurden die mittlerweile üblichen Zusammenfassungen der Berichte nur in einer oder zwei Amtssprachen vorgelegt.

Nationalrat will Neat-Zubringer stärken und mehr Puffergleise

Mit der Verlagerung des Güterverkehrs auf der Nord-Süd-Achse von der Strasse auf die Schiene soll es schneller vorangehen. Das fordert der Nationalrat. Die grosse Kammer stimmt für eine Motion, die den Bundesrat beauftragt, Schritte zu veranlassen, damit der Tunnel auf dem Neat-Zubringer Metz-Strassburg(-Basel) für den kombinierten Verkehr auf ein 4-Meter-Korridor-Profil ausgebaut werden kann. Dazu stellt der Bundesrat Frankreich eine finanzielle Unterstützung in Aussicht.

Der Bundesrat wird daneben beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Partnern in der Schweiz, Deutschland und Frankreich darauf hinzuwirken, dass entlang des Nord-Süd-Korridors so bald wie möglich bestehende Gleiskapazitäten als Schnellpuffer für den kombinierten Verkehr zur Verfügung stehen. Ziel ist es, 15 bis 20 Puffergleise im Norden und sechs bis zehn Puffergleise im Süden zur Verfügung zu stellen.

Zudem verlangt die grosse Kammer mehr Geld, damit auch auf mittleren Distanzen mehr Güter auf Züge verladen werden statt in Lastwagen. Die SVP-Fraktion wehrte sich vergebens dagegen. Über die Vorstösse muss noch der Ständerat entscheiden.

Bekämpfung von invasiven Organismen soll vereinfacht werden

Als Zweitrat stimmt nun auch der Nationalrat einer stärkeren Bekämpfung von invasiven Organismen – namentlich der Kirschesigfliege und der Asiatischen Hornisse – zu. Hierfür wird der Bundesrat beauftragt, wirksame Behandlungsmethoden umgehend schweizweit zuzulassen und Zuständigkeiten auf Bundesebene zu klären. Dahingehend soll unter anderem die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung angepasst werden. Im Gegensatz zum Ständerat stimmt der Nationalrat der Motion allerdings in einer geschwächten Form zu. Der Bundesrat zeigte sich offen dafür. Darüber muss nun noch einmal der Ständerat entscheiden.



Anschluss an europäisches Stromnetz soll abgesichert werden

Scheitern die Verhandlungen für ein Stromabkommen zwischen der Europäischen Union und der Schweiz, soll die Schweiz dennoch ins europäische Stromnetz eingebunden werden. Das wollen die eidgenössischen Räte erreichen. Der Nationalrat hat mit klaren Mehrheiten zwei Motionen der Mitte-Fraktion angenommen, die mit diesem Ziel eingereicht wurden. Sie gehen nun zur Umsetzung an die Landesregierung. Der Ständerat hatte ihnen bereits im März zugestimmt.

Nationalrat will Rahmenbedingungen für AKW-Bau nicht prüfen lassen

Der Nationalrat rüttelt nicht am 2017 beschlossenen Verbot des Baus neuer Atomkraftwerke. Er hat am Dienstag ein Postulat aus den Reihen der SVP knapp abgelehnt, das die Rahmenbedingungen für den Bau moderner Kernreaktoren durch den Bundesrat prüfen lassen wollte. Der Entscheid fiel mit 97 zu 88 Stimmen bei 6 Enthaltungen. Die SVP- und die FDP-Fraktion stimmte dem Vorstoss von Erich Hess (SVP/BE) zwar fast geschlossen zu. Die Mitte-Partei sagte aber mehrheitlich Nein und folgte damit den linken und grünen Fraktionen.

Im Ständerat war im März ein ähnliches Postulat angenommen worden. Demnach soll zur Sicherung der Stromversorgung der Neubau von AKWs als "mögliches Szenario" geprüft werden. Der Bundesrat ist in der Arbeit. Im Parlament waren bisher Anträge gescheitert, das AKW-Neubauverbot aufzuheben. Gemäss dem nun vom Nationalrat abgelehnten Postulat hätte der Bundesrat prüfen müssen, welche Bedingungen potenzielle Investoren von Kernreaktoren der dritten oder vierten Generation zu erfüllen haben, wenn diese ein Neubauprojekt für solche Kraftwerke planen.

Weiter hätte die Regierung einen Zeitplan ausarbeiten müssen, bis wann frühestens eine solche neue Anlage ans Schweizer Stromnetz gehen könnte. Sicher ist, dass dafür Artikel 12a des Kernenergiegesetzes aufgehoben werden müsste, das heute das Erteilen einer Rahmenbewilligung für neue Kernkraftwerke verbietet.

Energieminister Albert Rösti beantragte das Postulat im Namen des Gesamtbundesrats zur Ablehnung. Er wiederholte aber frühere Voten, wonach er persönlich offen sei für die Berücksichtigung aller Technologien. "Wir sollten die Technologien nicht gegeneinander ausspielen." Rösti kündigte an, dass sich der Bundesrat bald zur AKW-Frage äussern werde. Hintergrund ist die im Februar 2024 eingereichte Volksinitiative "Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)", die die Aufhebung des mit der Energiestrategie 2050 beschlossenen AKW-Bauverbots fordert und die will, dass sämtliche umwelt- und klimaschonenden Arten der Stromerzeugung zulässig sind.

Nationalrat kritisiert das Klima-Urteil gegen die Schweiz

Auch der Nationalrat kritisiert das Klima-Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Wie schon der Ständerat will er keine zusätzlichen Massnahmen für den Klimaschutz. Die grosse Kammer hat am Mittwoch eine entsprechende Erklärung angenommen.

Die Erklärung trägt - analog zu derjenigen des Ständerats - den Titel "Effektiver Grundrechtsschutz durch internationale Gerichte statt gerichtlicher Aktivismus".



Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) habe mit dem Urteil die Grenzen der zulässigen Rechtsfortentwicklung überschritten und demokratische Entscheidungsprozesse missachtet, so die Hauptargumente der Erklärung. Der Nationalrat hiess diese nach einer angeregten Debatte mit 111 zu 72 Stimmen bei zehn Enthaltungen gut.

Der Gerichtshof hatte Anfang April auf eine Beschwerde des Vereins Klimaseniorinnen hin eine Verletzung der Menschenrechtskonvention durch die Schweiz festgestellt. Sie sei ihren Aufgaben beim Klimaschutz nicht nachgekommen. Der Staat müsse Einzelpersonen vor den Folgen des Klimawandels für Leben und Gesundheit schützen. Der Nationalrat fällt seine Entscheidung gegen den Willen einer links-grünen Minderheit seiner Rechtskommission (RK-N). In der vergangenen Woche hatte bereits der Ständerat eine gleichlautende Erklärung mit einer knappen Zweidrittelmehrheit verabschiedet. Dies ebenfalls auf Empfehlung seiner Kommission für Rechtsfragen (RK-S).

Nationalrat will Strommarkt strenger kontrollieren

Die grosse Kammer will den Strommarkt strenger kontrollieren und hat dazu das Bundesgesetz über die Aufsicht und Transparenz in den Energiegrosshandelsmärkten einstimmig angenommen. Mit dem neuen Gesetz sollen systemkritische Schweizer Stromunternehmen die volkswirtschaftlichen Risiken eingrenzen und die Transparenz erhöhen. Damit sollen fairere Preise erreicht werden. So sollen etwa Insiderhandel und Marktmanipulation im Energiegrosshandel verboten werden.

Parlament bereinigt erste Reformschritte im Jugendstrafrecht

Nationalrat und Ständerat wollen die Höchststrafe für jugendliche Mörderinnen und Mörder vorerst noch nicht erhöhen. Der Nationalrat ist in diesem Sinne dem Ständerat gefolgt und hat damit die Reform des Jugendstrafgesetzes bereinigt. Die grosse Kammer beschloss im dritten Anlauf beim letzten offenen Punkt der Vorlage, nicht auf ihrem Standpunkt zu beharren. Ursprünglich wollte sie den möglichen Freiheitsentzug für ab 16-jährige Mörderinnen und Mörder von vier auf sechs Jahre erhöhen. Mit 104 zu 81 Stimmen verzichtete sie nun darauf.

Der Ständerat wollte diese Frage jedoch noch nicht in der laufenden Reform klären und verwies auf eine breite Analyse der Strafrahmen im Jugendstrafrecht, die bis Ende Jahr vom Bundesrat vorgelegt werden soll. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmungen.

Räte einigen sich bei Minderjährigenheiraten

Die Schweiz verschärft ihre Bestimmungen zu Ehen Minderjähriger. Unter anderem sind sogenannte Sommerferienheiraten künftig generell ungültig. Der Nationalrat hat die letzte Differenz zum Ständerat bei der Vorlage ausgeräumt. Umstritten war zwischen den Räten zuletzt nur noch eine Ausnahmeregelung. Dabei geht es um Fälle, in denen ein Ehepartner oder eine Ehepartnerin zum Zeitpunkt der Prüfung einer Ehe noch immer minderjährig ist. Ständerat und Bundesrat hatten sich dafür ausgesprochen, dass in solchen Fällen eine Ehe aufrechterhalten werden kann, wenn ein Richter die Aufrechterhaltung der Ehe im Interesse der betroffenen Person und zu deren Schutz als notwendig erachtet.



Der Nationalrat wollte diese Ausnahmebestimmung ursprünglich streichen, also keine Ausnahmen zulassen, schloss sich jedoch nun dem Ständerat an. Das Geschäft geht jetzt noch in die Schlussabstimmungen der beiden Räte.

Vaterschaftsurlaub bei Tod eines neu- oder ungeborenen Kindes

Der Bundesrat wird mit einer Motion beauftragt, die Gesetzgebung so anzupassen, dass der Vaterschaftsurlaub in vollem Umfang gewährt wird, auch wenn ein Kind tot geboren wird oder kurz nach der Geburt stirbt. Der Nationalrat hatte die Motion schon in der Sommersession gutgeheissen. Der Ständerat hat die Vorlage in der Zwischenzeit allerdings dahingehend angepasst, dass der Vaterschaftsurlaub auch gewährt wird, wenn das Kind erst in den 14 Tagen nach der Geburt stirbt. Die grosse Kammer erklärte sich nun damit einverstanden. Die Zeitdauer des Vaterschaftsurlaubs läuft folglich ab Totgeburt oder Zeitpunkt des Todes. Allfällig bereits bezogene Tage des Vaterschaftsurlaubs werden angerechnet.

Grosse Kammer will psychiatrische Betreuung von Kindern sichern

Der Nationalrat beauftragt den Bundesrat als Erstrat, notwendige Schritte einzuleiten, um die Versorgung in der Kinder- und Jugendpsychiatrie schweizweit sicherzustellen. Insbesondere sollen die Tarifpartner vom Bundesrat beauftragt und legitimiert werden, für die relevanten Tarife differenzierte, kostendeckende Preise in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auszuhandeln und den zuständigen Behörden zur Genehmigung zu unterbreiten. Eine Minderheit der entsprechenden Kommission um Diana Gutjahr (SVP/TG) versuchte vergeblich, die Nationalratsmitglieder von einer Ablehnung der Motion zu überzeugen. Auch der Bundesrat beantragte die Ablehnung des Vorstosses.

Nationalrat für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten

Die grosse Kammer will den Bundesrat beauftragen, das Bundesgesetz über Tabakprodukte und elektronische Zigaretten dahingehend anzupassen, dass der Verkauf von elektronischen Einwegzigaretten («Puff Bars») verboten wird. In diesem Sinne hat der Nationalrat eine Motion von Christophe Clivaz (Grüne/VS) angenommen. Der Bundesrat beantragte zuvor die Ablehnung. Als Nächstes beschäftigt sich nun der Ständerat mit dem Vorstoss.

Die grosse Kammer will Lebensmittelverluste reduzieren

Mit der Annahme der Motion «Lebensmittelverluste vermeiden durch Mindesthaltbarkeitsdatum sowie Aufklärung der Bevölkerung» will der Nationalrat den Bundesrat beauftragen, Leitfäden zur Reduktion von Lebensmittelverlusten umzusetzen. Insbesondere sollen, wenn immer möglich, Lebensmittel statt mit dem Verbrauchsdatum mit dem Mindesthaltbarkeitsdatum gekennzeichnet werden. Der Bundesrat beantragte die Ablehnung der Motion. Das Geschäft kommt nun in den Ständerat.

Nationalrat tritt auf neues Foltergütergesetz ein

Das neue Foltergütergesetz des Bundes hat eine erste Hürde genommen: Der Nationalrat ist auf den im vergangenen September vorgestellten Erlass des Bundesrats eingetreten.



Mit dem neuen Gesetz will der Bund die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Gütern regeln, welche ausser für Folter auch zum Vollzug der Todesstrafe verwendet werden können. Auch Materialien, die für andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlungen oder Strafen benutzt werden können, sollen unter das Gesetz fallen. Der Bundesrat will mit der Vorlage die Empfehlung des Europarates zur Kontrolle von Gütern umsetzen, die für Folter oder zur Vollstreckung der Todesstrafe verwendet werden können. Der Gesetzesentwurf stütze sich zudem auf die EU-Anti-Folter-Verordnung. Mit dem Eintreten geht das Geschäft nun an den Ständerat.

Nationalrat will Unternehmer gegen Arbeitslosigkeit versichern

Unternehmerinnen und Unternehmer, die in die Arbeitslosenkasse einzahlen, sollen neu nach zwanzig Tagen Wartezeit Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Dies, sofern sie mindestens zwei Jahre im entsprechenden Betrieb gearbeitet haben, nicht mehr angestellt und nicht Verwaltungsratsmitglied sind. Dies möchte eine Vorlage der Sozial- und Gesundheitskommission des Nationalrats, die sich auf eine Parlamentarische Initiative von Andri Silberschmidt (FDP/ZH) stützt. Es gebe Konstellationen, bei denen sich Betroffene nicht ganz aus ihrer Geschäftstätigkeit lösen – und so kein Arbeitslosengeld beziehen könnten, so Silberschmidt. Er führte dabei Unternehmende, die sich in einem laufenden Konkurs befänden, Eheleute, die sich nach einer gemeinsamen Beteiligung scheiden lassen, oder Minderheitsbeteiligte an. Eine rechte Minderheit sieht im Anliegen ein Missbrauchsrisiko. Schliesslich hat der Nationalrat die Vorlage mit 121 zu 65 Stimmen bei fünf Enthaltungen gutgeheissen. Das Geschäft, welches die Kurzarbeit nicht betrifft, kommt nun in den Ständerat.

Unruhe im Nationalratssaal nach Zurufen von Besuchertribüne

Kurz nach der Abstimmung über das Geschäft zur Arbeitslosenversicherung gab es Zurufe aus der Besuchertribüne im Nationalratssaal. Der Präsident der grossen Kammer bat den Sicherheitsdienst, die entsprechenden Personen von der Tribüne zu entfernen. «Ich bitte die Personen, die Aktion einzustellen», sagte Eric Nussbaumer (SP/BL). Wie aus Fotos hervorgeht, ging es beim Protest um den Nahostkonflikt. Mit Transparenten wurde an eine Feuerpause und einen «Stopp des Genozids» appelliert. Inhalt und Verantwortliche des Protests sind noch unbekannt.



Grosse Kammer für zwei Motionen gegen Fachkräftemangel

Der Nationalrat hat zum einen eine Motion von Sandra Sollberger (SVP/BL) zur Entlastung von Lehrbetrieben gutgeheissen. Mit dieser wird der Bundesrat beauftragt, anhand von gezielten Unterstützungsmassnahmen für Lehrbetriebe, wie etwa Steuerabzüge oder Lehrbetriebsverbände, sowie administrative Erleichterungen, dem steigenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zum anderen hat die grosse Kammer für eine Motion von Jacques Nicolet (SVP/VD) gestimmt, die dem Bedarf der Unternehmen und der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften entgegenkommen will. Unter anderem soll mit einem nationalen Programm zur Förderung von Berufen mit Berufsaussichten und Arbeitsplätzen eine stärkere Berufsberatung angestrebt werden. Beide Geschäfte kommen nun in den Ständerat.



Grosse Kammer heisst Armee-Assistenzdienst am WEF bis 2027 gut

Der Bund soll den Kanton Graubünden bei den Sicherheitsmassnahmen für das World Economic Forum (WEF) auch in den kommenden Jahren unterstützen. Der Nationalrat hat einem entsprechenden Antrag des Bundesrates mit 148 Ja zu 36 Nein bei 9 Enthaltungen zugestimmt. Für die Jahre 2025 bis 2027 will sich der Bund mit rund 7.65 Millionen Franken beteiligen. Das entspricht laut Bundesrat einem Viertel der Gesamtkosten für die Sicherheit. Zudem sollen jährlich maximal 5000 Armeeangehörige im Assistenzdienst zum Einsatz kommen. Eine linke Kommissionsmehrheit forderte, dass die WEF-Stiftung ihre Finanzen offenlegt. Sie war der Ansicht, dass sich das WEF stärker an den Sicherheitskosten beteiligen könnte. Verteidigungsministerin Viola Amherd argumentierte, dass die finanzielle Lage der Stiftung nicht relevant sei, da der Bund nicht das WEF, sondern den Kanton Graubünden unterstütze. Den Antrag der Minderheit lehnte der Rat ab. Als nächstes befindet der Ständerat über die Vorlage.

Schweizer Armee soll Nato-Bündnisfall nicht trainieren

Der Nationalrat will Übungen der Schweizer Armee mit dem westlichen Verteidigungsbündnis Nato strenger regeln. Konkret soll die Schweizer Armee nicht mehr an Nato-Übungen teilnehmen dürfen, bei denen der Bündnisfall simuliert wird. Dies tritt ein, wenn ein Nato-Staat angegriffen wird. Die grosse Kammer hat einer Motion ihrer Sicherheitskommission mit dieser Forderung mit 118 zu 69 Stimmen bei drei Enthaltungen zugestimmt. Es sei weder sinnvoll noch nötig, dass die Schweiz an Nato-Übungen teilnehme, sagte SP-Nationalrat Fabian Molina. Zudem müsste die Schweizer Neutralität geklärt werden. Bundesrätin Viola Amherd argumentierte vergeblich, dass die Schweizer Armee angesichts der verschlechterten Sicherheitslage die Zusammenarbeit stärken müsse. Zudem sollte die Tür für eine engere Zusammenarbeit mit der Nato nicht vorzeitig geschlossen werden. Das Geschäft geht nun an den Ständerat. Sagt auch der Ständerat Ja zu diesem Vorstoss, muss der Bundesrat die einschlägigen rechtlichen Bestimmungen anpassen.

Nationalrat lehnt Weiterbetrieb der F-5-Tiger-Kampffjets ab

Der Nationalrat hat einen Weiterbetrieb der F-5-Tiger-Kampffjets abgelehnt. Dies hatte seine zuständige Kommission gefordert und vom Bundesrat einen Bericht über die mögliche Weiternutzung dieser Flugzeuge verlangt. Das Parlament hatte 2022 – entgegen dem Willen des Bundesrats – beschlossen, die Ausserdienststellung der 25 Kampfflugzeuge F-5 Tiger hinauszuschieben. Allerdings hat das Verteidigungsdepartement VBS kürzlich erklärt, mit dem F-5-Betrieb bis Ende 2027 aufhören zu wollen. Die Armee konzentrierte das Geld aufgrund der aktuellen Finanzsituation konsequent auf neue Systeme, so die Erklärung.

Nationalrat lehnt neue Verwahrungsregeln für Erwachsene ab

Der Massnahmenvollzug im Erwachsenenstrafrecht bleibt unverändert. Der Nationalrat hat am Freitag eine Vorlage versenkt, welche Änderungen für verwahrte Personen vorgesehen hätte. Mit dem Nein bleibt es beim Status quo. Die grosse Kammer lehnte die Änderungen im Schweizerischen Strafgesetzbuch in der Schlussabstimmung mit 129 zu 69 Stimmen ab. Die Fraktionen von SVP, SP und Grünen stimmten geschlossen Nein. Damit ist die Vorlage erledigt. Das umstrittenste Element der Revision waren neue Regeln bei Verwahrungen. Die Räte sprachen sich nach einem Hin und Her gegen die systematische Verwahrung von Wiederholungstätern bei schweren Verbrechen aus. Der Ständerat setzte sich in diesem Punkt durch.



Eine anfängliche Mehrheit im Nationalrat wollte die Voraussetzungen für systematische Verwahrungen erweitern auf Personen, die zum zweiten Mal einen Mord, eine vorsätzliche Tötung oder eine Vergewaltigung begangen haben. Eine Wiederholungstat rechtfertigte diesen Schutz vor den gefährlichsten Tätern, so der Tenor.

Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Sommersession abgeschlossen. 14 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach.

Bern, im Juni 2024
David Zuberbühler